



Demokratische  
Jurist\*innen  
Zürich

## Jahresbericht der DJZ 2022

### **Mitglieder**

Im Jahr 2022 traten 14 Neumitglieder der DJZ bei. 18 Mitglieder traten aus dem Verein aus, es gab einen Sektionswechsel und einen Todesfall. Ende Jahr zählten die DJZ 413 Mitglieder.

Der DJZ-Vorstand gedenkt der verstorbenen Regula Bähler, die ein langjähriges und engagiertes DJZ-Mitglied war und sich als Journalistin und renommierte Medienanwältin mit viel Herzblut und Biss für die Medienfreiheit einsetzte.

### **Veranstaltungen**

#### **Zur Ombudsstelle statt zur Anwält\*in? – am 29. März 2022**

An der Veranstaltung vom 29. März 2022 im Restaurant Certo stellte DJZ-Mitglied Dr. iur. Pierre Heusser, seit Mitte August 2020 Ombudsmann der Stadt Zürich, die Tätigkeiten der Ombudsstelle vor. Dabei berichtete er von seinen Erfahrungen, Aufgaben und thematischen Schwerpunkten und sprach über die Rolle von Ombudsstellen als Alternative und Ergänzung zur anwaltlichen Rechtsvertretung. Weiter gab es spannende Diskussionen über die Rolle der Ombudsstelle und darüber, in welchen Fällen die Ombudsstelle allfällig der klassischen Rechtsvertretung überlegen ist und inwiefern die Ombudsstelle als Instrument für Anwält\*innen und deren Klient\*innen dienen kann.

#### **Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung am 5. Mai 2022**

Am 5. Mai 2022 fand die regelmässig von den DJZ zusammen mit dem Zürcher Auditoren und Gerichtsschreiber Verein (ZAG) organisierte Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung statt. Die Veranstaltung war auch dieses Mal sehr gut besucht. Die Anwaltsprüfungskandidat\*innen hatten dabei die Gelegenheit, sich bei Mitgliedern der Anwaltsprüfungskommission über Inhalt und Ablauf der Prüfungen zu informieren.

#### **Jahresversammlung am 10. Mai 2022**

Die Jahresversammlung fand am 10. Mai 2022 im Restaurant Weisser Wind statt und konnte erfreulicherweise nach der im letzten Jahr aufgrund der Corona-Pandemie schriftlich durchgeführten Versammlung wieder analog stattfinden. Die langjährigen und engagierten Vorstandsmitglieder Francesca Caputo, Thomas Heeb, Selina Siegerist und Valerio Priuli wurden aus dem Vorstand verabschiedet und verdankt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Nadja Zink,

Antigone Schobinger, Karl Kumin, Julia Heer, und Liliane Blum wurden wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden einerseits Raphael Moos, der bis Ende 2021 Geschäftsführer der DJZ war und andererseits Adam Arend, Rechtsanwalt und Partner in einer Zürcher Anwaltskanzlei. Nach dem statuarischen Teil hielt Annekatrin Wortha, DJZ-Mitglied und Rechtsanwältin mit Schwerpunkt im Familien- und Kindesrecht ein Referat zu den sich stellenden Übergangsrechtlichen Fragen nach der Annahme der Vorlage «Ehe für Alle». Dabei gingen wir interessanten Fragen bezüglich der Auswirkungen auf die Praxis nach und befassten uns mit den rechtlichen und praktischen Herausforderungen.

### **Sommerfest am 1. September 2022**

Das alljährliche Sommerfest der DJZ fand am 1. September 2022 in Restaurant Blau statt. Es erfreute sich wieder grosser Beliebtheit und bot Raum für einen anregenden Austausch und spannende Gespräche. Die anwesenden Mitglieder genossen ein gutes Essen in sehr angenehmer Atmosphäre.

### **«Erbrechtsrevision – Was Allgemeinpraktiker\*innen wissen müssen» am 8. November 2022**

Im Hinblick auf das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene revidierte Erbrecht befassten wir uns an der gut besuchten Veranstaltung im Restaurant Certo mit der anstehenden Revision. Rechtsanwältin und DJZ-Mitglied Elisabeth Schönbacher Adjani erörterte in einem spannenden Referat, was die anstehenden Neuerungen für die Praxis, insbesondere für Allgemeinpraktiker\*innen, bedeuten.

### **Vortrag zu illegalen Pushbacks an den europäischen Aussengrenzen am 16. Dezember 2022**

An unserer letzten Veranstaltung des Jahres im Restaurant Café Boy setzten wir uns mit der Thematik der illegalen Pushbacks sowie den Perspektiven und Herausforderungen der Rechtsilfe in diesem Bereich auseinander. Die widerrechtliche Zurückweisung von Asylsuchenden im Rahmen der europäischen Migrationspolitik wird seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen angeprangert. Es referierte Rechtsanwältin und DJZ-Mitglied Annina Mullis, die sich neben ihrer Tätigkeit als Anwältin in Bern freiwillig beim Legal Centre Lesvos in Griechenland als Verantwortliche für international litigation engagiert. Sie berichtete über die systematische Praxis illegaler Pushbacks in der Nord-Ägäis und stellte einen der am EGMR hängigen Fälle des Legal Centre Lesvos vor. Ausserdem stellte sie den von den DJZ ins Leben gerufene «Pushback Litigation Support Fund» vor, welcher zum Ziel hat, konkrete Verfahren im Zusammenhang mit Pushbacks finanziell zu unterstützen.

## **Vernehmlassungen DJZ**

### **Vernehmlassung zur Totalrevision der Kantonalen Bürgerrechtsverordnung**

DJZ-Vorstandsmitglied Nadja Zink reichte für die DJZ eine Stellungnahme zur Kantonalen Bürgerrechtsverordnung (KBüV) ein. Die DJZ hatte ihre Haltung zum revidierten Kantonalen

Bürgerrechtsgesetz bereits in der Vernehmlassung dazu im Jahr 2019 geäussert. Darauf wiesen wir hin und fokussierten uns in der Stellungnahme entsprechend nicht mehr auf die Grundsatzfragen. Entsprechend kritisierten wir in der Stellungnahme primär § 31 und vertraten die Ansicht, dass die Höhe der Gebühr bei Abweisung oder Rückzug weiterhin ausdrücklich in der KBüV geregelt sein sollte, damit für Gesuchstellende die Kosten des Einbürgerungsverfahrens vorhersehbar bleiben.

### **Vernehmlassung zum Gesetz über die Information und den Datenschutz (Totalrevision)**

Die DJZ reichten im Oktober 2022 eine Vernehmlassung zum Vorentwurf der Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) ein. Dabei wurden wir von den DJZ-Mitgliedern Viktor Györfy und Anna Walter unterstützt.

Wir begrüßten die grundlegende Richtung des revidierten Gesetzes, insbesondere die Hervorhebung und Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips. Wir betonten die Haltung, dass grundsätzlich alle Daten, mit Ausnahme von Personendaten, öffentlich zugänglich sein sollten. Weiter forderten wir die Streichung von § 15 Abs. 2, welcher das Erfordernis eines schutzwürdigen Interesses fordert, wenn die Bearbeitung eines Gesuches einen «unverhältnismässigen Aufwand» verursacht, da dieser den Informationszugang der Bürger\*innen und die damit angestrebte Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips schwächt.

Wir forderten in der Stellungnahme die Streichung von § 22 Abs. 2, gemäss welchem die Bearbeitung von besonderen Personendaten auch ohne formell-gesetzliche Grundlage möglich ist, wenn «dies zur Erfüllung einer in einem Gesetz hinreichend bestimmten Aufgabe notwendig und die Datenbearbeitung in einer Verordnung geregelt ist». Weiter forderten wir, dass für die Bearbeitung besonderer Personendaten in jedem Fall eine formell-gesetzliche Grundlage erforderlich ist – insbesondere für die Bearbeitung von mit Videoaufnahmen erfassten, besonders sensiblen Daten. Zudem forderten wir die Aufnahme eines Verbots der biometrischen Überwachung in der Totalrevision des IDG.

## **Vernehmlassungen auf nationaler Ebene - Stellungnahmen der DJS**

### **Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG) vom 25. September 2015**

Die DJS brachten in der Vernehmlassung zur Revision des Nachrichtendienstgesetzes unsere Besorgnis um den Grund- und Menschenrechtsschutz in der Schweiz im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des NDB zum Ausdruck. Trotz der jahrelangen systematischen Verstöße gegen die Bearbeitungsschranke sollen mit der aktuellen Revision des Nachrichtendienstgesetzes die Kompetenzen des NDB wesentlich ausgeweitet und empfindlich in die individuellen Rechte der Betroffenen eingegriffen werden.

Dabei wurde die vage Formulierung der Bestimmungen, welche den Zweck und die Aufgaben des NDB festlegen, kritisiert. In der Stellungnahme kritisiert werden zudem die teilweise sehr weit gefassten, unbestimmten Begriffe, aus denen nicht hinreichend deutlich wird, unter welchen Umständen ein Verhalten Anlass dazu geben kann, dass der NDB darüber Daten erfasst.

Auch die weitere Aufweichung der Datenbearbeitungsschranke, das mangelnde Auskunftsrecht, die Ausweitung der erlaubten Beschaffungsmassnahmen, die Einführung von strafrechtlichen Bestimmungen sowie die Ausweitung des Ausreiseverbots wurden in der Stellungnahme kritisch beurteilt.

### **Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)**

In der Stellungnahme der DJS zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs wurde auf die massive Verschärfung der Rechtsprechung der vergangenen Jahre gegenüber verschuldeten Personen hingewiesen. Weiter ist es nach Ansicht der DJS ein Missstand, dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern und den USA kein Sanierungsverfahren zur Restschuldbefreiung von natürlichen Personen kennt. Vor diesem Hintergrund begrüssen die DJS grundsätzlich die Stossrichtung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung des SchKG in Bezug auf die Sanierungsverfahren für natürliche Personen. Die vorgeschlagene Ausgestaltung der SchKG-Änderung enthält jedoch aus Sicht der DJS verschiedene unbestimmte Begriffe und Regelungen, welche an der Wirksamkeit der neuen Sanierungsverfahren Zweifel aufkommen lassen.

### **Vernehmlassungsvorlagen zu den Teilrevisionen der vier Ausführungserlasse des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)**

Die DJS erinnerten in der Stellungnahme zu den obengenannten Vernehmlassungsvorlagen daran, dass im Bereich staatlicher Überwachung elementare Persönlichkeitsrechte der Bevölkerung tangiert sind. Jede Möglichkeit einer Überwachung bedeutet einen Eingriff in die Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Achtung der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung. Diese Rechte beinhalten den Anspruch auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und die Integrität informationstechnischer Systeme. Aufgrund der Schwere allfälliger Grundrechtseingriffe ist insbesondere bei den gesetzlichen Grundlagen äusserste Sorgfalt in Bezug auf die zu wählende Normstufe und -dichte angezeigt.

Die Stellungnahmen im Namen der DJS können unter [www.djs-jds.ch](http://www.djs-jds.ch) eingesehen werden, diejenige im Namen der DJZ unter [www.djz.ch](http://www.djz.ch).

## **Sonstiges Engagement**

### **Auskunftsgesuch bei den Bezirksgerichten**

Im Januar 2022 erfragten die DJZ via Auskunftsgesuch bei den Bezirksgerichten statistische Auswertungen im Bereich der Ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen, Fürsorgerischen Unterbringungen sowie zu Untersuchungs- und Sicherheitshaft.

Das rund ein halbes Jahr später erhaltene Zahlenmaterial bestätigte einige der vermuteten Missstände. Zum einen waren die Vertretungsverhältnisse im Bereich der fürsorgerischen

Unterbringungen auffallend niedrig. Im Jahr 2021 wurden nur rund 17% aller angeordneten FU's von den Bezirksgerichten gerichtlich beurteilt. Davon wiederum waren nur rund 11% vor Gericht und insgesamt nicht einmal 2% anwaltlich vertreten.

Weiter zeigten die Auswertungen eine fragwürdig hohe Gutheissungsquote bei den Zwangsmassnahmerichtern: In mehr als 94 Prozent der Fälle hiessen die Zwangsmassnahmerichter des Kantons Zürich die Anträge der Staatsanwaltschaften auf Anordnung von Untersuchungshaft gut.

Es wurde also praktisch immer zugunsten der Staatsanwaltschaft entschieden. Als Folge des Auskunftsgesuch wurde diese Thematik in einem Artikel in der Republik weiter ausgeleuchtet und thematisiert. Der DJZ-Vorstand beschloss, das mit dem Auskunftsgesuch erhältlich gemachte Zahlenmaterial jährlich anzufragen und die Thematik weiterhin kritisch zu begleiten.

### **Schreiben an das Migrationsamt**

Im März 2022 richteten wir uns mit einem Schreiben an das Migrationsamt, da seit Januar 2022 keine Möglichkeit mehr besteht, das Migrationsamt per personalisierte und direkte E-Mail zu kontaktieren. Neben der telefonischen oder brieflichen Kontaktaufnahme mit längeren Wartezeiten bleibt für Betroffene und Rechtsvertretungen lediglich das auf der Website aufgeschaltete Online-Formular zur Kontaktaufnahme. Diese Änderung führt zu erhöhtem Aufwand und setzt aufgrund der im Formular geforderten persönlichen Daten deutlich höhere Hürden für die elektronische Auskunft als eine E-Mail-Adresse. Deshalb regten wir an, dass zumindest für Anwalt\*innen die Möglichkeit geschaffen wird, das Migrationsamt per direkter E-Mail zu kontaktieren. In der Antwort zeigte das Migrationsamt zwar ein gewisses Verständnis für das Anliegen, lehnte aber die Wiedereinführung einer E-Mail-Adresse ab. Das Migrationsamt räumte aber ein, dass für die eine direkte Korrespondenz mit den Fachspezialist\*innen bei Bedarf die persönlichen E-Mail-Adressen der Mitarbeitenden zur Verfügung stehen, was gemäss Migrationsamt allerdings nur in Einzelfällen in Betracht komme.

### **Finanzielle Unterstützung**

Die DJZ spendeten im Jahr 2022 an folgende Organisationen und Prozesse:

- Fr. 500.00 an die Kritischen Jurist\*innen
- Fr. 1000.- an Rechtsanwältin Ursula Weber für eine Beschwerde ans SEM für einen migrationsrechtlichen Prozess mit Präzedenzcharakter
- Fr. 500.- Kostenbeteiligung an eine Strafanzeige gegen ORS Service AG

## **Vernetzung/Kooperation**

### **Kritische Jurist\*innen**

Die DJZ arbeiteten nach wie vor mit den Kritischen Jurist\*innen – einer Gruppe von linken Jus-Studierenden der Uni Zürich – zusammen. Mehr Informationen zu den kritischen Jurist\*innen findet ihr auf Instagram ([www.instagram.com/krijur.zh](https://www.instagram.com/krijur.zh)).

### **Demokratische Jurist\*innen Schweiz (DJS)**

Auch im Jahr 2022 fanden fünf DJS-Sitzungen statt, an welchen sich in der Regel mindestens ein\*e Vertreter\*in der DJZ beteiligte. Die Delegiertenversammlung 2022 fand am 11. Juni in Neuchâtel statt.

### **Essen der oberen Gerichte und des Zürcher Anwaltsverbandes (ZAV)**

Die DJZ wurden zu den Jahresessen des Verwaltungsgerichts, des Sozialversicherungsgerichts und des ZAV eingeladen. An diesen Essen nahmen jeweils Vertreter\*innen der DJZ teil.

Zürich, im April 2023



Für den DJZ-Vorstand

Leandra Columberg, Geschäftsführerin

CH - 8000 Zürich  
info@djz.ch  
www.djz.ch

